

## Offener Brief

Um geopolitische Zusammenhänge und Netzwerke besser zu verstehen, ist es ratsam sich auf die Spur des Geldes zu begeben. Hier eine sehr interessante Studie vom Oktober 2020 über die 50 größten US-Think Tanks und deren Finanziern aus Regierung & US-Rüstungsindustrie. Alleine die RAND Corporation erhielt in den Jahren 2014-2019 über 1,2091 Milliarden Dollar von der US-Rüstungsindustrie & den Regierungsstellen! Die TOP 5 US-Regierungsstellen gaben in den Jahren 2014-2019 zusammen 1,0397 Milliarden Dollar für Think Tanks aus. Wer das ist? Security of Defense (and other national security agencies), U. S. Air Force, U. S. Army, Department of Homeland Security, Department of State. Die Kurzversion ist: Think Tanks, die sich für die finanziellen & geopolitischen Interessen ihrer Geldgeber einsetzen, sind kein Einzelfall. Bereits 2002 erkannte das Außenministerium eine „Drehtür“ mit Denkfabriken an – wenn auch als Stärke. Die Führung der Heritage Foundation, CSIS, der New America Foundation und CNAS, neben vielen anderen, hat einen Hintergrund in Regierung und Verteidigung. Es gibt jedoch ein Ökosystem, in dem Denkfabriken finanzielle Anreize erhalten, sich für ununterbrochene Pentagon-Ausgaben und mehr Geldfluss zu Pentagon-Auftragnehmern einzusetzen. Verteidigungsprioritäten sollten nicht von denen bestimmt werden, die von Mehrausgaben profitieren. Transparenz ist das absolute Minimum, das das amerikanische Volk in einer Branche, die so voller Interessenkonflikte ist, schuldet.



**Wer die größten 50 US-Think Tanks sind?**

**10 davon haben ihre Finanzierung NICHT veröffentlicht!**

October 2020

**Table 1:** The Top 50 Think Tanks in America

Acton Institute for the Study of Religion and Liberty	Heritage Foundation
American Enterprise Institute	Hoover Institution - Stanford
Asia Society Policy Institute	Hudson Institute
Aspen Institute	Human Rights Watch
Atlantic Council	Independent Institute
Belfer Center for Science & International Affairs - Harvard	Information Technology and Innovation Foundation
Bipartisan Policy Center	Inter-American Dialogue
Brookings Institution	James A. Baker III Institute for Public Policy - Rice
Carnegie Council for Ethics in International Affairs	Manhattan Institute for Policy Research
Carnegie Endowment for International Peace	McKinsey Global Institute
Cato Institute	Middle East Institute
Center for a New American Security	Migration Policy Institute
Center for American Progress	National Bureau of Asian Research
Center for Climate and Energy Solutions	National Bureau of Economic Research
Center for Global Development	New America Foundation
Center for Strategic and International Studies	Peterson Institute for International Economics
Center for the National Interest	Pew Research Center
Center on Budget and Policy Priorities	Rand Corporation
Chicago Council on Global Affairs	Resources for the Future
Council on Foreign Relations	Stimson Center
Earth Institute - Columbia University	The Mercatus Center
East West Institute	United States Institute of Peace
Economic Policy Institute	Urban Institute
Freedom House	World Resources Institute
German Marshall Fund of the United States	Worldwatch Institute

**Table 2: Top 10 Think Tanks by Amount Received from the U.S. Government and Defense Contractors**

RAND Corporation	\$1,209,100,000
Center for a New American Security (CNAS)	\$8,946,000
Atlantic Council	\$8,697,000
New America Foundation	\$7,283,828
German Marshall Fund of the United States	\$6,599,999
CSIS	\$5,040,000
Council on Foreign Relations	\$2,590,000
Brookings Institution	\$2,485,000
Heritage Foundation	\$1,375,000
Stimson Center	\$1,343,753

**Table 3: The Top 5 U.S. Government Donors to U.S. Think Tanks**

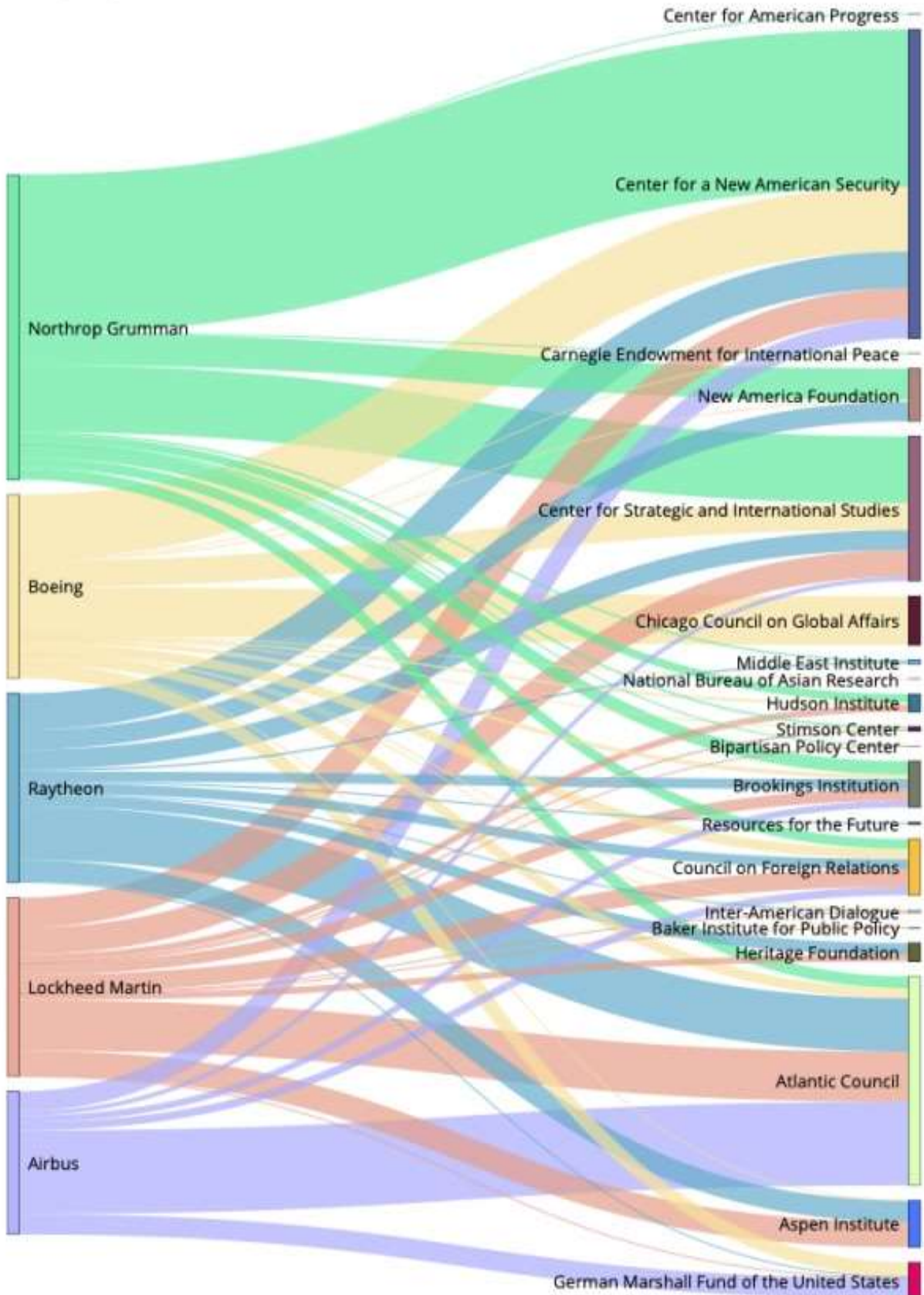
Security of Defense (and other national security agencies)	\$391,720,000
U.S. Air Force	\$281,400,000
U.S. Army	\$246,321,000
Department of Homeland Security	\$111,192,255
Department of State	\$9,090,478

**Table 4: The Top 5 Defense Contractor Donors to U.S. Think Tanks**

Northrop Grumman	\$4,551,252
Raytheon	\$2,830,000
Boeing	\$2,746,075
Lockheed Martin	\$2,670,000
Airbus	\$2,140,000



**Figure 1:** Contributions from Five U.S. Defense Contractors to America's Top Think Tanks



**Hier findet man die gesamte Studie:** [https://3ba8a190-62da-4c98-86d2-893079d87083.usrfiles.com/ugd/3ba8a1\\_c7e3bfc7723d4021b54cbc145ae3f5eb.pdf](https://3ba8a190-62da-4c98-86d2-893079d87083.usrfiles.com/ugd/3ba8a1_c7e3bfc7723d4021b54cbc145ae3f5eb.pdf)

## „RAND CORPORATION“ KÜNDIGT AN, SICH IN INNERE EUROPÄISCHE UND RUSSISCHE ANGELEGENHEITEN EINZUMISCHEN

VK Blogger LiveJournal Twitter Email Print Teilen



27.10.2019

USA

Die eng mit der US-amerikanischen Regierung verbundene und massiv von US-Steuergehdern geförderte „RAND corporation“ kündigt offiziell an, sich in innere europäische und russische Angelegenheiten einzumischen. Der energiepolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Steffen Kotré, ist alarmiert.

Die US-amerikanische RAND corporation, eine Denkfabrik, die seit 1948 existiert und großzügig von der US-Regierung unterstützt wird, hat eine umfangreiche Studie vorgelegt, wie künftig der „russische Einfluß“ in Europa bekämpft werden soll. In diesem Zusammenhang äußert sich die RAND corporation ungewöhnlich deutlich. Rußland, aber auch die Bundesrepublik Deutschland sind im Visier des US-Thinktanks. Während in Rußland, aber auch in Weißrußland „regime change“-Aktivitäten aktiv unterstützt werden sollen, will die Denkfabrik die „Nord Stream 2“-Pipeline sabotieren, mit der Gas aus der Russischen Föderation nach Europa geleitet werden soll. Die RAND corporation wird jährlich mit etwa 245 Millionen US-Dollar von der US-Regierung gesponsert.

Für den energiepolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Steffen Kotré ist das ein „Alarmsignal“. Kotré gegenüber ZUERST!: „Die RAND corporation will darauf hinwirken, daß wir unsere Erdgasimporte aus der Russischen Föderation verringern, um so der russischen Wirtschaft zu schaden. Sie mißbrauchen zudem die polnische Regierung, Dänemark,

Frankreich und die baltischen Staaten, um eine deutsch-russische Energie-Kooperation zu verhindern. Das würde aber auch und vor allem unserer deutschen Wirtschaft schaden. Das käme einem Wirtschaftskrieg der USA gegen Deutschland gleich. Washington will sein überteuertes und schmutziges Fracking-Gas verkaufen – das entspricht nicht unseren deutschen Wirtschaftsinteressen.“

In der Tat scheinen die Aktivitäten der RAND corporation vor allem wegen ihrer massiven Finanzierung durch US-Steuer Gelder eine Gefahr für Europa darzustellen. Kotré ist sich sicher: „RAND scheint nicht nur eine ‚normale NGO‘ zu sein. Mir ist keine europäische NGO bekannt, die seitens einer Regierung mit 245 Millionen US-Dollar im Jahr gefördert wird.“

In der Tat sind die Ziele der RAND corporation sehr ambitioniert. Die vom US-Staatsbudget unterstützte Denkfabrik macht keinen Hehl daraus, daß sie sich direkt **in europäische und russische Angelegenheiten einmischen will**. Auch Kotré bereitet das Sorgen: „Eine solches koloniales Gebaren ist auch für Deutschland und Europa insgesamt gefährlich und inakzeptabel. Denn derzeit verfügen wir nicht über ausreichende Abwehrmechanismen, um unsere Souveränität – **vor allem unsere Energieunabhängigkeit** – vor solchen nichtstaatlichen Akteuren zu sichern.“

Zudem – so merkt Kotré an – werfe dies auch ein anderes Licht auf die liberalen anti-Kreml-Protteste in Moskau im Sommer dieses Jahres: „Im Kontext der RAND-Strategie ist es in der Tat nicht unwahrscheinlich, daß auch die Protteste in Moskau im Sommer von ausländischen Akteuren wie bspw. RAND mit befeuert wurden.“

---

<https://www.voltairenet.org/article206606.html>

## “DIE KUNST DES KRIEGES”

### Die **Rand Corp.**: Wie man Russland zerstört

*von Manlio Dinucci*

Die Schlussfolgerungen des letzten vertraulichen Berichts der Rand Corporation wurden kürzlich in einem „Kurzbericht“ veröffentlicht. Sie erklären, wie man einen **neuen Kalten Krieg gegen Russland führt**. Einige Empfehlungen wurden bereits umgesetzt, aber diese systemische Aufdeckung ermöglicht es uns, ihr wahres Ziel zu verstehen.

VOLTAIRE NETZWERK | ROM (ITALIEN) | 28. MAI 2019



Zwinge den Gegner, sich rücksichtslos auszudehnen, um ihn aus dem Gleichgewicht zu bringen und dann vernichte ihn. Dies ist nicht die Beschreibung eines Judo-Haltegriffs, sondern ein von der Rand Corporation, dem einflussreichsten Think Tank der USA, ausgearbeiteter Plan gegen Russland. Mit einem Stab von Tausenden von Experten präsentiert sich Rand als die weltweit zuverlässigste Quelle für Geheimdienste und politische Analysen für die Führer der Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten.

Die Rand Corp. ist stolz darauf, zur Ausarbeitung der langfristigen Strategie beigetragen zu haben, die es den Vereinigten Staaten ermöglichte, den Kalten Krieg zu gewinnen, indem sie die Sowjetunion zwang, ihre eigenen wirtschaftlichen Ressourcen in der strategischen Konfrontation zu verbrauchen. Es ist dieses Modell, das die Inspiration für den neuen Plan, *Overextending and Unbalancing Russia*, veröffentlicht von Rand [1], war. Laut ihren Analysten bleibt Russland in einigen grundlegenden Sektoren ein mächtiger Gegner der Vereinigten Staaten. Um dieser Opposition zu begegnen, müssen die USA und ihre Verbündeten eine gemeinsame langfristige Strategie verfolgen, die die Schwachstellen Russlands ausnutzt. Rand analysiert daher die verschiedenen Mittel, mit denen Russland aus dem Gleichgewicht gebracht werden kann, und zeigt für jedes die Erfolgswahrscheinlichkeiten, den Nutzen, die Kosten und die Risiken für die USA an.

Rand-Analysten schätzen, dass Russlands größte Verwundbarkeit seine Wirtschaft ist, da es stark von Öl- und Gasexporten abhängig ist. Die Einnahmen aus diesen Exporten können durch die Stärkung der Sanktionen und die Erhöhung der Energieexporte der Vereinigten Staaten verringert werden. Ziel ist es, Europa zu verpflichten, den Import von russischem Erdgas zu verringern und durch verflüssigtes Erdgas zu ersetzen, das auf dem Seeweg aus anderen Ländern transportiert wird.

Eine weitere Möglichkeit, die russische Wirtschaft langfristig zu destabilisieren, besteht darin, die Auswanderung von qualifiziertem Personal zu fördern, insbesondere von jungen Russen mit einem hohen Bildungsniveau. Im Bereich der Ideologie und Information wäre es notwendig, den internen Wettbewerb zu fördern und gleichzeitig das Image Russlands nach



außen zu untergraben, indem es von internationalen Foren ausgeschlossen wird und die von ihm organisierten internationalen Sportveranstaltungen boykottiert werden.

Im geopolitischen Bereich **würde die Bewaffnung der Ukraine es den USA ermöglichen, den zentralen Punkt der äußeren Verwundbarkeit Russlands auszunutzen**, aber dies müsste sorgfältig geplant werden, um Russland unter Druck zu halten, ohne in einen großen Konflikt zu geraten, den es gewinnen würde.

Im militärischen Bereich könnten die USA hohe Vorteile bei niedrigen Kosten und Risiken genießen, indem sie die Zahl der landgestützten Truppen aus den NATO-Ländern, die in einer antirussischen Funktion arbeiten, erhöhen. Die USA können hohe Erfolgswahrscheinlichkeiten und hohen Nutzen bei moderaten Risiken genießen, insbesondere durch Investitionen vor allem in strategische Bomber und gegen Russland gerichtete Langstrecken-Angriffsraketen.

Das **Verlassen des INF-Vertrags** und **der Einsatz neuer auf Russland gerichtete Mittelstreckenraketen in Europa** würde zu hohen Erfolgswahrscheinlichkeiten führen, aber auch hohe Risiken mit sich bringen. Durch die Kalibrierung jeder Option, um den gewünschten Effekt zu erzielen - so die Rand-Analysten - würde Russland am Ende den härtesten Preis in einer Konfrontation zahlen, aber auch die USA müssten riesige Ressourcen investieren, die daher für andere Ziele nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Dies ist auch eine Vorwarnung für eine bevorstehende deutliche Erhöhung der Militärausgaben der USA/NATO zu Lasten der Sozialhaushalte.

Das ist die Zukunft, die die Rand Corporation, der einflussreichste Think Tank des Deep State - also das unterhalb des Sichtbaren befindliche **Zentrum der realen Macht**, das von den **Wirtschafts-, Finanz- und Militäroligarchien** ergriffen wird – für uns plant, welche die strategischen Entscheidungen nicht nur der USA, sondern der gesamten westlichen Welt bestimmt.

Die im Plan dargelegten „Optionen“ sind in Wirklichkeit nicht mehr als Varianten derselben Kriegsstrategie, bei welcher der Preis für Opfer und Risiken von uns allen getragen wird.

*Manlio Dinucci*

---

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/ploppa.html>

## **RAND Corporation: Bellizentrische Köpfe**

### **Ein privater Think Tank als Staat im Staate**

**Von Hermann Ploppa**



Folgt man den Debatten in deutschen Presseerzeugnissen, dann entsteht der Eindruck, die Bushisten in Washington ließen sich vornehmlich von religiösen Fundamentalisten und einem deutsch-jüdischen Philosophen namens **Strauss** leiten.

Man sollte vielleicht doch zwischen Rhetorik und tatsächlicher Regierungspraxis unterscheiden. "**Rede viktorianisch (d.h. angelsächsisch-christlich) und handle heidnisch**", rät **Pentagon-Ideologe Robert Kaplan**. [1] Würde nicht am Ende die amerikanische Neigung zu pragmatischen Lösungen über atavistische Weltanschauungen triumphieren, es wäre unerklärlich, wie die USA erfolgreich und **in aller Stille in 170 Ländern der Erde ihre "silent professionals", ihre effektiv handelnden Agenten**, arbeiten lassen können. [2] Diese Leute agieren in Kleingruppen, passen sich den Landesgewohnheiten an, sprechen die Landessprache flüssig und wissen genau, welche Personen und Cliques im Lande sie für die Zwecke der USA einspannen können.

Mögen auch miserabel instruierte GIs im Irak Minarette unter Feuer nehmen, weil sie jene Türme für Funkstationen halten: an den entscheidenden Stellen der Bush-Administration sitzen Leute, die über den Irak bestens unterrichtet sind. [3]

In aller Stille hat sich in den USA **ein Wissenskonglomerat** herangebildet, das zu einem Staat im Staate zu werden sich anschickt. **Die Rede ist von RAND**. RAND steht für Research and Development. RAND ist ein privater Think Tank, der sich durch staatliche Zuschüsse, private Spenden und Erträge aus Auftragsgutachten finanziert. RAND verfügt über einen Stamm von festen Mitarbeitern, die zu bestimmten Projekten profilierte Wissenschaftler aus aller Welt heranziehen. Eine Unzahl von Buchveröffentlichungen zu den Themen Politik, Justiz und Soziales sind von RAND produziert worden. Mit Doktorandenstipendien und Fellowships zieht das Wissenszentrum Nachwuchs heran. RAND ist keiner politischen Couleur verpflichtet. Die US-Regierungen der Demokraten und Republikaner kommen und gehen, RAND aber bleibt, und kein Präsident würde es wagen, sich der **beratenden Umarmung** durch RAND zu entziehen.

Denn RAND ist **eine Geburt aus dem Geiste der Rüstungsindustrie**. Die Generäle H.H. Arnold und Curtis LeMay sowie Edward Bowles vom Massachusetts Institute for Technology (MIT) begriffen am Ende des Zweiten Weltkriegs Folgendes: im Kriegsgeschehen waren Massen der besten Wissenschaftler aus aller Welt in die amerikanische Rüstungsindustrie eingebunden worden. Diese **Konzentration technisch-wissenschaftlicher Intelligenz** hatte technologische Entwicklungsschübe wie noch nie ausgelöst. Die Luxushirne wollte man nicht so einfach wieder ins Zivilleben absickern lassen. Also musste man eine Organisation schaffen, um die Leute zu halten. Es galt, eine Stagnation wie nach dem Ersten Weltkrieg zu vermeiden.

Im Büro der Douglas Aircraft im kalifornischen Santa Monica wurde das Projekt RAND aus der Taufe gehoben. Das erste Projekt-Gutachten schätzte 1946 die Entwicklungschancen von Satelliten ab. 1948 wurde die RAND ganz offiziell gegründet.

Mit dem neuentwickelten Magnetbandcomputer UNIVAC befreite RAND 1951 die

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

amerikanische Volkszählungsbehörde von den lästigen Hollerith-Lochkarten. Rüstung und Administration wurden in den Fünfziger und Sechziger Jahren mit computertechnischen Konzepten aus dem Hause RAND wesentlich windschnittiger gestaltet. RAND-Mann Paul Baran erfand das sog. Packet Switching, eine Methode, elektronische Nachrichten über lange Entfernungen in Segmente zu zerlegen, über verschiedene Leitungen simultan zu versenden und so das Übermittlungstempo zu beschleunigen. Eine entscheidende Voraussetzung für das Internet.

Die hauseigene Chronik von RAND weiß zu berichten, ihre Forscher hätten sich in jenen Jahren mit **Spieletheorie, linearem und dynamischem Programmieren, mathematischem Modellieren und Simulieren, Netzwerktheorie, Kosten- und Systemanalyse für Militärs** befasst.

Um das Image einer **Denkwerkstatt für das Militär** los zu werden, erweiterte die RAND in den Jahren der Johnson-Regierung ihren Tätigkeitsbereich auf soziale Felder.

"Systemanalyse diene als methodische Grundlage für sozialpolitische Planung, sowie für die Analyse so verschiedenartiger Bereiche wie Niedergang städtischer Strukturen, Armut, Gesundheitsfürsorge, Erziehung und die effiziente Einrichtung kommunaler Dienste wie Polizeischutz und Feuerwehr.", fasst RAND-Doktorand David Jardini zusammen. Das hieß in der Praxis: Planung und Durchführung der Gesundheitsvorsorge Medicare oder den Bau von Häusern für Einkommensschwache. Die Johnson-Regierung arbeitete effizienter durch das **Planning, programming and budgeting system** (PPBS) des Think Tanks.

RAND ist flexibel und passt sich der politischen Farbe ihrer Auftraggeber an. Ein Energie-Gutachten für die Region Columbia gibt sich rot-grün: der Abriss von vier Staudämmen mit Wasserkraftwerken wird vorgeschlagen. Die Wasserläufe sollen renaturiert werden. Lachse sollen sich wieder tummeln. Energiesparen ist Trumpf und es soll in erneuerbare Energie investiert werden. Das, so schätzt RAND, bringt 15.000 neue Arbeitsplätze! RAND ist mittlerweile **in allen Ecken der Welt präsent mit Gutachten, Planspielen und geopolitischen Analysen**. Stolz verweist RAND auf eine Anzahl "größerer Kunden und Sponsoren", u.a. in Deutschland. Neben DaimlerChrysler und Airbus gehören zu den deutschen Großkunden das Bundesverkehrsministerium, aber auch das Bundesverteidigungsministerium. Die formelle Anfrage des Autors dieser Zeilen nach dem Charakter jener Kooperation beantwortete das Verteidigungsministerium recht allgemein: es handele sich um Forschungsaufträge, "um Projekte aus den Bereichen **Sicherheitspolitik, Militärpolitik und ... transatlantische(n) Rüstungskooperation.**"

## **Kerngeschäft Militär**

**Die Kerngeschäfte von RAND liegen eindeutig in den Bereichen: Militär und Innere Sicherheit.** Einen guten Einblick in die Gedankenwelt von RAND bietet ein Artikel der Juli-August-Nummer dieses Jahres der Zeitschrift Atlantic Monthly. Verschiedene RAND-Autoren konfrontieren die Öffentlichkeit mit zehn Krisenpotentialen, die nach Ansicht der Verfasser mehr unter die Lupe genommen werden sollten, als dies bislang der Fall ist.

Julie Davanzo entwirft ein ebenso erschütterndes wie zutreffendes Bild der Lage in Russland. Die Bevölkerung schrumpfte in den letzten zehn Jahren um drei Millionen Menschen. Alkoholismus, Tuberkulose und AIDS führen dazu, dass sich die Sterblichkeitsrate unter jungen Männern zwischen 15 und 25 Jahren verdoppelt hat, und damit dreimal so hoch ist wie in der Vergleichsgruppe in den USA. Die Hoffnungslosigkeit drückt sich zudem in stark verminderten Geburtsraten aus.

Diese untragbare humanitäre Tragödie macht Davanzo Sorgen: "Anders als in europäischen Staaten, die ebenfalls eine Abnahme in der Kopfzahl unter jungen Menschen verzeichnen, ist Russland im Moment nicht in der Lage, den Verlust an Humankapital dadurch auszugleichen, dass es mehr Geld investiert in sein Militär und in die anderen Sicherheitsorgane. Denn die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft haben schwer gelitten im letzten Jahrzehnt." Die kargen Geldmittel fließen in die Versorgung einer immer älter werdenden Bevölkerung anstatt in die Sicherheitstechnik. Wenn es nicht genug Polizisten und Milizen gibt, dann breiten sich Schmuggel und Terrorismus aus; die Grenzen werden unsicher. Frauen als Soldaten anzuwerben, so überlegt Davanzo: das ist unmöglich, denn die russische Gesellschaft ist extrem frauenfeindlich.

Kevin O'Brien entwirft ein noch schwärzeres Bild für das südliche Afrika: in Zimbabwe ist die Hälfte aller Soldaten HIV-infiziert, in Angola sogar 60 % aller Soldaten. Spitzenreiter ist die südafrikanische National Defence Force mit einer HIV-Rate von 90 %. Das südafrikanische Manöver "Blue Crane" konnte 1999 nicht durchgeführt werden, da 30 % der Soldaten durch AIDS derart geschwächt waren, dass sie nicht mehr Krieg spielen konnten. O'Brien weiß auch, warum die HIV-Quote bei Rekruten in Afrika bedeutend höher ist als in der Zivilbevölkerung: "Länder mit der größten Ausbreitung von HIV-Infektionen sind auf die eine oder andere Weise in militärische Auseinandersetzungen verwickelt, und Vergewaltigung stellt häufig eine Taktik oder ein Nebenprodukt des Krieges dar." Die Behandlung von AIDS-infizierten Offizieren zieht jedoch unmäßig viel Geld ab von dem eigentlichen Daseinszweck des Militärs - nämlich: Kriege zu führen, schimpft O'Brien. Das Krankfeiern der afrikanischen Truppen stelle eine ernste Gefahr für die Sicherheit der USA dar.

Nun wird der Leserschaft aufgefallen sein, dass sich die Autoren Sorgen machen um das Ordnungsgefüge der zerfallenden Staaten und die Misere dabei mit einem Engwinkelobjektiv beäugen. Ausgeblendet werden die Ursachen der Verelendung. Dass sich eine Gesellschaft rasch erholen könnte über den Hebel des Neuaufbaus einer sozial ausgewogenen Zivilordnung: dieses Denkmodell ist den RAND-Analysikern grundsätzlich fremd. RAND bewegt sich in einem bellizentrischen Orbit: weil Spannungen zunehmen, und diese Spannungen unerklärt bleiben, können Konflikte nur mit militär-polizeilichen Mitteln gelöst werden.

Kritiker werden einwenden: es ist eben nicht Aufgabe dieser Abteilung von RAND, sich mit Sozialpolitik zu beschäftigen, sondern die rein polizeitechnische Dimension von Konflikten auszuloten. Es erweist sich jedoch, dass RAND dem für Finanzmittel zuständigen US-Kongress und der Presse in den USA Begründungen liefern muss, warum mehr Geld in die Rüstung gepumpt werden soll. RAND finanziert sich nämlich zum großen Teil aus Bedrohungsgutachten für Pentagon und Rüstungsindustrie. Unter dem Zwang, immer neue,

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

bisweilen phantastisch klingende Bedrohungsszenarien auszumalen, können zivilistische Lösungsansätze nicht gebraucht werden. Wie die Beispiele Afghanistan und Irak zeigen, existieren gar keine Konzepte, wie über eine militärische Intervention mit nachfolgender sozialer Befriedung eine neue Zivilordnung entstehen könnte. Die die Bush-Administration umkreisenden Think-Tanks wie z.B. RAND haben, entgegen wohlklingender Regierungsrhetorik, keine Zivilordnung für die Zukunft vorgesehen.

In der Atlantic Monthly raunen RAND-Autoren, Russland, China, Pakistan, Nordkorea sowie der Iran seien in den nächsten fünf Jahren in der Lage, Satelliten mit Nuklear-Raketen zu beschießen. Wahrscheinlich kommt keine Nation auf so eine idiotische Idee, räumen die Autoren Mueller und Harris ein, aber man kann ja nie wissen ...

John Birkler und John Schank finden, dass zwölf Flugzeugträger für die USA noch nicht ausreichen. Naja, 12 Milliarden Dollar für den Bau eines einzigen Flugzeugträgers, und 100 Millionen Dollar pro Jahr für deren Unterhaltung sind zugegebenermaßen viel Holz. Und dann ist so ein Pott nur ein Drittel seiner Lebenszeit wirklich im Einsatz. Aber mit Flugzeugträgern können die USA dank der internationalen Hoheitsgewässer überall herumoperieren ohne einen anderen Staat um Erlaubnis zu fragen. Im Irak-Krieg hat der Bestand an Flugzeugträgern noch gerade so gereicht, aber: " ... wenn man bedenkt, welchen militärischen und sicherheitstechnischen Herausforderungen die USA sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stellen werden, dann sind zwölf Flugzeugträger einfach zu wenig." Das wird hart für den US-Etat, meinen Birkler und Schank, aber Opfer müssen sein ... Neben diesen eindeutigen Appellen an die Adresse der Politiker, öffentliche Gelder in die Taschen der Rüstungskonzerne umzuleiten, gibt es die allgemeineren geopolitischen Bedrohungsszenarien, die ein ganzes Verbundsystem von Rüstungsartikeln zur Folge haben können. Da warnt RAND-Expertin Christine Fair vor einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Indien und Iran, die den geopolitischen Interessen der USA: Bau einer Pipeline von Zentralasien an den Persischen Golf, in die Quere kommen könnte.

Das spektakulärste Bedrohungsszenario, mit dem RAND unfreiwillig in die Top-Nachrichten geraten ist, basiert auf einer peinlichen personellen Fehlbesetzung im Washingtoner RAND-Büro. Der dort stationierte französische Politologe Laurent Murawiec nutzte seine Credentials als RAND-Mitarbeiter, um sich im August letzten Jahres von Richard Perle als Gastredner zu einer Sitzung des Defense Policy Board einladen zu lassen. Dieses Gremium, besetzt mit Top-Leuten aus dem Pentagon und der Rüstungsindustrie, "berät" die US-Regierung in zentralen Fragen - ohne jede demokratische Legitimation. DPB-Vorsitzender Richard Perle gilt als beinhardter Sharon-Lobbyist.

Murawiec schloss sein Laptop an die Projektionsmaschine an und hielt einen aufrüttelnden Vortrag, unterstützt von bunten Grafiken und Tabellen, in dem er zu dem Schluß gelangte, die Terrorschiene Al-Qaida habe ihren Heimatbahnhof im Saudi-arabischen Establishment. Die USA müsse die Saudis fortan als Feinde behandeln, die US-Konten der Saudi-Prinzen einfrieren und letztendlich die saudischen Ölfelder beschlagnahmen.

Perle hatte gut vorgearbeitet: am nächsten Tag diskutierten alle Talkshows der USA die Frage, "ob wir den Saudis noch vertrauen können." RAND hatte alle Hände voll zu tun, sich von den



Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

abenteuerlichen Spekulationen ihres Mitarbeiters Murawiec zu distanzieren. RAND ist zu klug, um sich in die **Schlammschlachten zwischen Israel-Lobbyisten und "Arabisten"** hinab zu begeben.

Bleibt die Frage, auf welche Weise ein rechtsextremer Fanatiker wie Murawiec in die oberen Etagen von RAND gelangen konnte. Murawiec, Spross trotzkistischer Eltern, betätigte sich in den Achtziger Jahren in der Wiesbadener Europazentrale der EAP, einer obskurantistischen Sekte um den amerikanischen Multimillionär Lyndon LaRouche. Dann wurde er politischer Berater einer Genfer Bank, der **Geldwäscheaktivitäten für Drogenbarone** nachgesagt werden, sodann **Berater im französischen Verteidigungsministerium**, um schließlich bei RAND unterzukommen.

Für RAND hat er Expertisen geschrieben über demographische Entwicklungen im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und pries in einem Artikel den Stalin-Geheimdienstchef Lawrenti Berija für sein weitsichtiges "social engineering". Auf Symposien fiel Murawiec durch sein pöbelhaftes Auftreten auf. So brüllte er den angesehenen pakistanischen Politologen Pervez Houdhboy nach Gutsherrenart zusammen.

Murawiec ist von RAND bislang nicht verwarnt worden.

## **Drehtüreffekt**

Wo wir gerade bei den Personalien der RAND Corp sind, wollen wir uns den Aufsichtsrat (Board of Trustees) anschauen. **Dort finden wir allerlei ehrenwerte ergraute Ruheständler aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft**, wie z.B. den ehemaligen schwedischen Regierungschef Carl Bildt. Noch etwas frischer im Saft ist John S. Reed, der die Bank Citigroup vertritt, oder Donald Rice von der Agensys Inc. Da ist Paul O'Neill, der zunächst den Aluminiumkonzern Alcoa in Pittsburgh sanierte, bevor er im Jahre 2001 Finanzminister bei George Bush II. wurde. O'Neill wollte die Entwicklungshilfe komplett abschaffen und die Staatsfinanzen durch eine rigide Ausgaben Sperre sanieren. Die Republikaner ekelten ihn im Dezember 2002 aus dem Kabinett. Denn die Republikaner sind nicht im mindesten daran interessiert, den Staat durch sanierte Finanzen wieder handlungsfähig zu machen.

Gleich zwei Herren vertreten **die Carlyle-Gruppe**, die sich im Rüstungs- und Erdölgeschäft im Umfeld der Bushisten besonders vorteilhaft positionieren konnte. Da ist zum einen Carlyle-Vorstand Arthur Levitt, zum anderen Frank Carlucci, ehemals Verteidigungsminister und jetzt enger Berater von Donald Rumsfeld, den er zu jeder Tages- und Nachtzeit mit den neuesten Angeboten von Carlyle vertraut machen darf.

Um **die ganze Dynamik US-amerikanischer Gravitationszentren wie RAND** zu begreifen, muss man sich den sog. **"Drehtür-Effekt"** (Revolving Door Effect) vergegenwärtigen. Das Curriculum eines amerikanischen Karrieremenschen sieht so aus, dass er einen Studienabschluss an einer eleganten Uni macht, dass er eine Zeitlang einem Industriekonzern vorsteht, in einem Think Tank mitwirkt, einer Uni als Dekan - de facto als Geldbeschaffer - vorsteht, und seinen Kurswert durch ein politisches Amt noch einmal steigert. **Die RAND-Alumni rotieren auf diese Weise kreuz und quer durch die oberen Etagen der US-Gesellschaft.**

In einer Zeit, wo der Staat und die Kommunen finanziell kollabieren, treten immer stärker private Gruppierungen wie RAND auf den Plan und übernehmen Aufgaben, die bislang der Staat wahrgenommen hat. An die Stelle der öffentlichen Abstimmung und Diskussion über Ziele und Reichweiten gesellschaftlicher Vorhaben tritt nunmehr **eine demokratisch nicht kontrollierbare Planung auf mäzenatischer Basis.**

RAND hat diese Entdemokratisierung in ihre Hände genommen, und preist die Enteignung des demokratischen Volkssouveräns als "Öffentlich-Private Partnerschaft" (Public-Private Partnership - PPP). RAND ist dabei, wenn Küstenschutzprojekte oder Klimaüberwachung neu strukturiert werden und hortet die ermittelten Daten.

RAND hat die Konzeption des neugeschaffenen Ministeriums für Heimatschutz geprägt. Bevor das Ministerium überhaupt eingerichtet war, hatte RAND bereits alle Informationsfäden in ihren Büros verknüpft und **sich selbst zum Sammelpunkt aller sensiblen Informationen gemacht.** Zunächst trafen sich 127 Vertreter von Bund, Bundesstaaten, örtlichen Verwaltungen und der Privatindustrie im Washingtoner RAND-Büro und ermittelten, welche Transportkapazitäten für terroristische Anschläge besonders verwundbar sind. In einer zweiten Runde erzählten Energie-Experten der RAND treuherzig, **wo ihre Achillesfersen liegen.** Diese Befunde wertete RAND aus, um in einer dritten Runde Leuten, die als erste im Falle einer terroristischen Attacke schnell handeln müssen, zu sagen, was sie tun sollen. Als Heimatschutzminister Thomas Ridge sein Amt antrat, hatte RAND die Hausaufgaben des Ministers schon gemacht. In Computersimulationen ermittelte RAND, was terroristische Attacken an Dollars, Leben und politischen Verwerfungen kosten würden. Ridge braucht im Fall des Falles nur noch die RAND-Software anzuwerfen, um auf Bösewichte zu reagieren. Was für die Kriege draußen gilt, das ist auch für die Kriege im Innern gültig: warum Leute aufmüpfen, ist egal. Für RAND ergibt sich hier nur ein Security-Problem. Und dafür haben die personell und finanziell assoziierten Privatfirmen technische Lösungen zur Hand.

So wissen die Autoren Critton und Anton in der Doppelnummer von Atlantic Monthly zu berichten, dass sich Bösewichte in dichtbesiedelten Stadtbereichen gut einnisten können. Die Erfahrungen der Kollegen von der Wehrmacht in Stalingrad oder der GIs in Mogadischu 1993 habe das gezeigt. Was also tun, um das Ungeziefer auszutilgen? Critton/Anton bieten Microair Vehicles - kleine Videokameras - an, die den Rekruten begleiten. Minikameras in Flugrobotern, die aussehen wie Insekten, brummen in vom Feind besetzten Gebieten und senden das Bild zu den wackeren GIs. **Smart Dust: ein intelligenter Staub legt sich auf Feindesland und dient mit Kleinstspiegeln als Reflektor für Laserabtastung.** Echte Insekten sollen die Vergiftung unerobter Territorien abchecken.

Sollte es jedoch in Ihrer Stadt noch nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen sein, so darf doch auch die Gefährlichkeit des befriedeten Zivillebens in urbanen Zusammenhängen nicht unterschätzt werden. In einem anderen Artikel weist RAND nämlich auf die gigantische Gefahr hin, die uns tagtäglich durch Terroristen und Kinderschänder dräut. Doch RAND wartet mit dem geeigneten Equipment auf: **Mass Face Scanning.** Städte werden in Zukunft flächendeckend von Videokameras erfasst, die Gesichter biometrisch erkannt und Bewegungen durch die Stadt nahtlos rekonstruiert: " ... Es gibt Belege, dass solche Überwachungen Verbrechen verhindern können. In Newham in England fiel die

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Kriminalitätsrate, nachdem die Polizei 300 Videokameras aufstellte und sie mit Gesichtserkennungs-Software verband. Wenn es auch möglich ist, dass die Kriminellen ihre Aktivitäten lediglich in andere Bezirke verlagert haben, wurde Verbrechen in Newham zumindest abgewehrt."

Zuerst sind also die Einkaufspassagen gesichert. Verbrechen hört natürlich erst auf, wenn auch das letzte Slumhaus videoteknisch überwacht wird, der letzte Ede Knack bis in die hintersten Winkel Grusiniens softwaretechnisch verfolgt werden kann.

## NGOs im Visier

Abschließend seien noch internationale Bürgerrechts- und Umweltorganisationen darauf hingewiesen, dass sie sich seit geraumer Zeit im Visier der RAND befinden: "Der Kampf der Zukunft spielt sich nicht ab zwischen Armeen der führenden Staaten, und er wird auch nicht mit den Waffen der konventionellen Streitkräfte ausgefochten. Vielmehr stammen die Kämpfer aus bombenbauenden Terroristengruppen wie Osama bin Ladens Al Quaida, oder aus Drogenschmugglerkartellen wie jenen aus Kolumbien und Mexiko. Auf der positiven Seite sind jene Zivilgesellschaftsaktivisten, die für Umwelt, Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Was sie alle gemeinsam haben: sie operieren in kleinen, verstreuten Einheiten, die überall eingesetzt werden können, jederzeit bereit, einzusickern und Dinge zum Stillstand zu bringen. Sie alle bilden netzwerkartige Formationen der Organisation, Doktrin, Strategie und Technologie, angepasst an das Informationszeitalter. Und, von der Intifada bis zum Drogenkrieg erweisen sie sich als sehr schwer zu besiegen."

So lautet die Zusammenfassung eines RAND-Buches, das im Auftrag der US-Streitkräfte die Potentiale globaler Netzkriege auslotet. RAND hat die aufständische Region Chiapas in Mexiko als Hort einer neuen durchtriebenen Kriegführung ausgemacht. Die Zapatisten von der EZLN treten gar nicht mehr mit ihren rostigen Gurken von Waffen gegen Armeen an. Sie mobilisieren durch das Internet internationale Gruppen (NGOs) und die liberale Presse. Mit ihren Sperrmüllcomputern, durch schläfrige Analogleitungen, informieren sie die Weltöffentlichkeit, was gerade in Chiapas vorgeht. Für die RAND-Autoren ist dies **ein Akt des Netzkrieges**.

Ihren Kunden, den US-Militärs, deren kantige Kinnladen bei der Lektüre dieser Befunde vor Entgeisterung noch tiefer runterhängen dürften als sonst, versichern die RAND-Leute trotzig: "Die NGOs der globalen Zivilgesellschaft, deren Schwerpunkt eher im Informationsbereich als in Wirtschaft, Politik oder Militär liegt, könnten sich als mächtiger erweisen als die politischen und strategischen Instrumente im Computerzeitalter." In diesem Falle scheinen die RAND-Dienstleister eher ihre eigenen Interessen als die ihrer Kunden zu bedienen. Krampfhaft erproben sie die abwegigsten Konstruktionen, um die NGOs zu einer realen Gefahr für die Neue Weltordnung der Bushisten heraufzufrisieren. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Vermutlich sieht RAND die NGOs als Konkurrenten, weil sie auf der selben Ebene wie sie selber zwischen Staat und Privatgesellschaft agieren.

Mal sehen, ob eine RAND-assozierte Firma demnächst ein wirksames Produkt gegen NGOs auf den Markt bringt.

## Fußnoten

1. Aus einem Interview mit Robert Kaplan in Atlantic Monthly, Juli/August 2003
2. Ebd. Atlantic Monthly nennt die Zahl von 170 infiltrierten Ländern, und Kaplan widerspricht nicht.
3. Unglaublich, aber wahr. Die Geschichte mit den beschossenen Minaretten berichtet der "embedded journalist" Sean Maguire in der London Literary Review of Books, Vol 25, Nr. 11, 5. Juni 2003

---

*Dieser Beitrag erschien in: Marxistische Blätter, Heft 6, 2003*

Die Marxistischen Blätter erscheinen sechs Mal im Jahr und sind zu beziehen bei:  
Marxistische Blätter

Hoffnungstr. 18

D-45127 Essen

(Tel.: 0201/236757; e-mail: [MarxBlaetter@compuserve.de](mailto:MarxBlaetter@compuserve.de) )

---

<https://responsiblestatecraft.org/2020/10/14/new-report-shows-more-than-1b-from-war-industry-and-govt-going-to-top-50-think-tanks/>

### **MILITARY INDUSTRIAL COMPLEX**

**New report shows more than \$1B from war industry and govt. going to top 50 think tanks**

These groups are pushing the preferred Pentagon narrative, but they fail to let us know who's paying for the privilege.

OCTOBER 14, 2020

Written by  
[Cassandra Stimpson](#)

Think tanks shape discourse and policy through testimony and media coverage, and employ experts who claim to be unbiased — simply putting forth ideas to win out in the free market. This market, however, is rigged.

It's well known that Pentagon contractors spend [hundreds of millions](#) each year on lobbying, but the other powerful weapon contractors wield to influence U.S. national security priorities — think tanks — is often ignored. [A report released today](#) from the Foreign Influence Transparency Initiative, or FITI, at the Center for International Policy, where I work, reveals more than \$1 billion in defense contractor and U.S. government funds flowing to the top 50 most influential U.S. think tanks from 2014-2019.



It is part of a think tank's role to recommend policy, and putting ideas forth into debate can be a public good. However, when these ideas are linked to specific defense companies who stand to gain billions of dollars by promoting their systems — and play into the Pentagon's narrative — think tanks have an obligation to let consumers of their work know if it is funded by those who will profit from their recommendations. Instead, in far too many cases, these funding links are obscured.

The Pentagon's recent Naval expansion [strategy](#), named “Battle Force 2045,” is a case in point of why this funding matters, as many of the think tanks backing this plan are incentivized to do so because they receive money from those who will benefit most from the plan. Prior to Defense Secretary Mark Esper's release of the naval strategy at one think tank, [CSBA](#), it was developed in large part by another think tank, the [Hudson](#) Institute, and was teased for release at a separate think tank: the [RAND](#) Corporation. In addition to these policy shops, which also receive government and defense contractor funding, the Center for a New American Security, or CNAS, has long advocated for and [justified](#) additional military investments.

Esper's proposed 500-ship naval fleet will require hundreds of billions in taxpayer money. Secretary of Defense Esper's urging comes as China is highlighted [repeatedly](#) as the greatest threat to U.S. national security — never mind that with COVID-19 over 212,000 U.S. citizens have [died](#) due to underinvestment in human security threats. Yet these plans, well above the long-advocated cap of [355](#) planned ships, should come as no surprise.

Esper's speech demonstrates a confluence of policies, ideas, and funds that permeate through the system, and are by no means unique to a single service, think tank, or contractor. First, Esper consistently [situated](#) his future expansion plans in a need to adapt to “an era of great power competition.” CNAS is one of the think tanks [leading the charge](#) in [highlighting](#) the threat from Beijing. They also received at least \$8,946,000 from 2014-2019 from the U.S. government and defense contractors, including over \$7 million from defense contractors like Northrop Grumman, Lockheed Martin, Huntington Ingalls, General Dynamics, and Boeing who would stand to make billions if the 500-ship fleet were enacted.

Esper said a top priority for the Navy would be to “modernize the undersea strategic deterrent,” referring to ballistic missile-equipped submarines. CNAS published a [report](#) saying the Navy must “provide the undersea component of the nation's Strategic Deterrent triad.” That undersea component, the *Columbia-class* submarine, is currently developed by General Dynamics with [aid](#) from Huntington Ingalls — who gave CNAS \$225,000 and \$550,000 respectively. Northrop Grumman, CNAS's top funder at nearly \$2.4 million, will [design](#) and produce the turbines. CNAS disclosed this funding on its website generally, but did not disclose funding from these firms in their report that specifically would provide a financial windfall to these companies.

Another example is Esper's “preview” of what is to come by highlighting a recent call for nine guided missile frigates, totaling \$5.6 billion. One of CNAS's most vocal Navy expansion proponents penned an [article](#) recommending exactly this in 2017, and encouraged the Navy not to be afraid of past cost overruns, saying although budget

mishandling was “significant and almost crippling,” that the Navy should not be “consumed by these failures” for future spending decisions. Again, we do not know who funded CNAS’s work on this topic, but we do know that the Department of Defense gave \$600,000 to CNAS in the time frame examined.

The naval strategy is only the most recent example of the machine at work. The FITI report also points to CNAS advocating for the largest weapons system, B-21 stealth bombers, from their largest donor, Northrop Grumman. A 2018 CNAS report [advocates](#) for 164 instead of the planned 100 B-21s for the Air Force’s role in great power competition. It does not acknowledge Northrop Grumman’s funding or the fact that each bomber [costs](#) taxpayers more than half a billion dollars.

Certainly, most of these same statements and reports nod to the fact that the Pentagon has squandered bloated budgets in the past. Yet these same pieces advocate for further spending nonetheless. One report, focused on how to improve acquisition, even recommends investment in private venture capital for new technology, [naming](#) Boeing’s HorizonX and Lockheed Martin’s Lockheed Martin Ventures specifically, without disclosing in the report that Boeing contributed nearly \$1 million and that Lockheed Martin gave \$450,000 to CNAS in the time period examined.

In short, think tanks advocating for the financial interests of their financial backers is no isolated incident. It is simply the result of vested interests propagating the transfer of funds within a largely Beltway ecosystem. Many times, these contractors, military members, and think tankers move from realm to realm, and it is always helpful to continue business ties now to secure future positions later. As early as 2002, the State Department [acknowledged](#) a “revolving door” with think tanks — albeit as a strength. The leadership of the [Heritage Foundation](#), [CSIS](#), the [New America Foundation](#), and [CNAS](#), among many more, come from a background in government and defense.

To be sure, CNAS is far from alone among think tanks in providing policy recommendations without disclosing funding sources in context. In fact, this level of analysis was only possible because of the information they *did* offer. Other think tanks, like [the Heritage Foundation](#), have advocated naval expansion at the same level of transparency as CNAS. Many other think tanks who towed the line were simultaneously much less transparent, including the Hoover Institute, which [failed](#) to even disclose its funding when a Hoover fellow delivered testimony in front of the House Armed Services Committee, and the [American Enterprise Institute](#), along with ten other think tanks out of the 50 examined in the report that disclosed no donor information whatsoever.

There is no grand conspiracy moving the needle on defense issues. There is, however, an ecosystem wherein think tanks are financially incentivized to advocate for uninterrupted Pentagon spending and more money flowing to Pentagon contractors. Esper’s 500-ship announcement is just the latest industry-established narrative, propelled by think tanks taking money from the DoD and defense contractors themselves. Defense priorities should not be directed by those who profit from

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4  
overspending. Transparency is the bare minimum owed to the American people in an industry so laden with conflicts of interest.

Written by Cassandra Stimpson

---

<https://free21.org/deutschlands-stellung-in-amerikas-neuer-weltordnung/>

Deutschlands Stellung in Amerikas neuer Weltordnung

Im neuen Kalten Krieg Amerikas mit Russland, China und dem Rest Eurasiens ist Deutschland zu einem wirtschaftlichen Satelliten geworden. Deutschland und weitere NATO-Länder wurden dazu gebracht, sich selbst Handels- und Investitionsbeschränkungen aufzuerlegen, die den aktuellen Stellvertreterkrieg in der Ukraine überdauern werden. Wie US-Präsident Biden und Sprecher des Außenministeriums erklärt haben, ist die Ukraine nur der erste Schauplatz einer viel umfassenderen Veränderung, die die Welt in zwei gegensätzliche Wirtschaftsbündnisse spaltet. Dieser globale Bruch verspricht ein zehn- oder zwanzigjähriger Kampf zu werden, bei dem es darum gehen wird, ob die Weltwirtschaft eine unipolare, auf den Dollar ausgerichtete Ökonomie sein wird, oder ob sich im eurasischen Kernland eine multipolare Welt mit mehreren Währungen und gemischten öffentlich/privaten Ökonomien durchsetzt.

Von [Michael Hudson](#) Published On: 15. Dezember 2022 Kategorien: [Geopolitik](#)

(Quelle: pixabay, geralt, Pixabay License)



Präsident Biden hat diese Spaltung als eine zwischen Demokratien und Autokratien bezeichnet.

Das ist typisch Orwellscher Doppel-Sprech. Mit „Demokratien“ meint er die USA und die mit ihr verbündeten westlichen Finanzoligarchien. Deren Ziel ist es, die ökonomische Planung aus den Händen gewählter Regierungen an die Wall Street und andere Finanzzentren unter US-Kontrolle zu verlagern. US-Diplomaten nutzen Internationalen Währungsfonds und Weltbank, um die Privatisierung der weltweiten Infrastruktur und die Abhängigkeit von US-amerikanischen Technologie-, Öl- und Lebensmittelexporten zu fordern.

Und als „Autokratien“ bezeichnet Biden jene Länder, die sich dieser Finanzialisierung und Privatisierung widersetzen. In der Praxis bedeutet diese US-Rhetorik, das eigene Wirtschaftswachstum und den eigenen Lebensstandard zu fördern und das Finanz- und Bankwesen als öffentliche Versorgungseinrichtungen zu erhalten.

Im Kern geht es darum, dass Volkswirtschaften von Bankenzentren geplant werden, mit dem Ziel, finanziellen Reichtum zu schaffen. Grundlegende Infrastrukturen, öffentliche Versorgungseinrichtungen und soziale Dienste, wie die Gesundheitsfürsorge, müssen dafür durch Privatisierung in Monopole verwandelt werden. Oder aber durch die Erhöhung des Lebensstandards und Wohlstands, indem das Bankwesen und die Geldschöpfung, öffentliche Gesundheit, Bildung, Transport und Kommunikation in öffentlicher Hand bleiben.

Das Land mit dem größten „Kollateralschaden“ bei diesem globalen Bruch ist Deutschland. Als Europas höchst entwickeltes Industrieland ist Deutschland in seiner Produktion (Stahl, Chemie, Maschinen, Automobile und andere Konsumgüter) am stärksten von russischer Energie (Gas, Öl) und Rohstoffen (z. B. Aluminium, Titan und Palladium) abhängig. Doch trotz zweier Nord-Stream-Pipelines, die gebaut wurden um Deutschland mit preiswerter Energie zu versorgen, wurde das Land aufgefordert, sich vom russischen Gas abzuschneiden und damit zu deindustrialisieren. Dies bedeutet das Ende seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung. Schlüsselfaktor für ein BIP-Wachstum ist in Deutschland – wie auch in anderen Ländern – der Energieverbrauch pro Arbeitnehmer.

---

Diese antirussischen Sanktionen machen den neuen Kalten Krieg seinem Wesen nach zu einem antideutschen. US-Außenminister Anthony Blinken hat gesagt, dass Deutschland günstiges russische Pipeline-Gas durch hochpreisiges amerikanisches Flüssig-Gas (LNG) ersetzen soll. Für dessen Import muss Deutschland in kurzer Zeit über 5 Milliarden Dollar ausgeben, um Hafenskapazitäten für den Umschlag von LNG-Tankern zu schaffen. Mit dem Effekt, dass die deutsche Industrie nicht mehr wettbewerbsfähig sein wird. Insolvenzen werden sich häufen, die Beschäftigung wird zurückgehen, und seine NATO-freundliche Führung wird Deutschland in eine chronische Depression mit sinkendem Lebensstandard führen.

---

Die meisten politischen Theorien gehen von der Annahme aus, dass Nationen in ihrem eigenen Interesse handeln. Andernfalls sind sie Satellitenstaaten, die ihr Schicksal nicht selbst in der Hand haben. Deutschland ordnet seine Industrie und seinen Lebensstandard dem Diktat der US-Diplomatie und dem Eigeninteresse des amerikanischen Öl- und Gassektors unter. Und es tut dies freiwillig – nicht aufgrund militärischer Gewalt, sondern aus der ideologischen Überzeugung heraus, dass die Weltwirtschaft von amerikanischen Planern des Kalten Krieges gelenkt werden sollte.



Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Aktuelle Ereignisse sind manchmal leichter zu verstehen, wenn man sich von der eigenen unmittelbaren Situation löst und stattdessen historische Beispiele betrachtet. Beispiele für die Art von Diplomatie, die die heutige Welt spaltet.

Die beste Parallele, die ich finden konnte, ist der Kampf des mittelalterlichen Europas zwischen dem römischen Papsttum und den deutschen Königen – den Heiligen Römischen Kaisern – im 13. Jahrhundert. Dieser Konflikt spaltete Europa entlang von Linien, die denen von heute sehr ähnlich sind. Mehrere Päpste exkommunizierten Friedrich II. und andere deutsche Könige und mobilisierten Verbündete zum Kampf gegen Deutschland und dessen Kontrolle über Süditalien und Sizilien. Der Antagonismus des Westens gegen den Osten wurde durch die Kreuzzüge (1095-1291) angefacht, so wie der **heutige Kalte Krieg ein Kreuzzug gegen Volkswirtschaften** ist, die die globale Vorherrschaft der USA bedrohen. Im mittelalterlichen Krieg gegen Deutschland ging es darum, wer das christliche Europa beherrschen sollte: Das Papsttum, wobei die Päpste zu weltlichen Kaisern wurden, oder die weltlichen Herrscher einzelner Königreiche, die die Macht, die Päpste moralisch zu legitimieren und zu akzeptieren, für sich beanspruchten.

Die Entsprechung im mittelalterlichen Europa zu **Amerikas neuem Kalten Krieg gegen China und Russland** war das Große Schisma von 1054. Leo IX. verlangte die alleinige (unipolare) Kontrolle über die Christenheit, er exkommunizierte die orthodoxe Kirche in Konstantinopel und die gesamte christliche Bevölkerung, die dort lebte. Ein einziges Bistum, Rom, trennte sich von der christlichen Welt jener Zeit, einschließlich der alten Patriarchate von Alexandrien, Antiochien, Konstantinopel und Jerusalem.

Diese Abspaltung stellte die römische Diplomatie vor ein politisches Problem: Wie sollte sie künftig alle westeuropäischen Königreiche unter ihrer Kontrolle halten und von ihnen finanzielle Unterstützung einfordern? Dieses Ziel erforderte die Unterordnung der weltlichen Könige unter die religiöse Autorität des Papstes. Im Jahr 1074 verkündete Gregor VII., Hildebrand, 27 päpstliche Diktate, die die Verwaltungsstrategie Roms zur Sicherung seiner Macht über Europa umrissen.

Diese päpstlichen Forderungen sind denen heutiger US-Diplomatie auffallend ähnlich. In beiden Fällen erfordern **militärische und weltliche Interessen eine Sublimierung in Form eines ideologischen Kreuzzug-Denkens**. Dadurch wird das **Gefühl der Solidarität** gefestigt, das jede **imperiale Herrschaft** benötigt. **Diese Logik ist zeitlos und universell**.

Die päpstlichen Diktate waren in zweierlei Hinsicht radikal. Erstens erhob es den Bischof von Rom über alle anderen Bistümer und schuf damit das moderne Papsttum. In Klausel 3 wurde festgelegt, dass allein der Papst das Recht hat, Bischöfe zu ernennen, abzusetzen oder wieder einzusetzen. Klausel 25 erteilte dem Papst – nicht den lokalen Herrschern – das Recht, Bischöfe zu ernennen (oder abzusetzen). Und Klausel 12 gab dem Papst das Recht, Kaiser abzusetzen, in Anlehnung an Klausel 9, die alle Fürsten dazu verpflichtete, „dem Papst allein die Füße zu küssen“, um als legitime Herrscher zu gelten.

**Auch heute beanspruchen die USA das Recht zu bestimmen, wer als Staatsoberhaupt eines Landes anerkannt werden soll.** Im Jahr 1953 stürzten sie den gewählten Führer des Iran und ersetzten ihn durch die Militärdiktatur des Schahs. Dieser Grundsatz gibt US-Diplomaten das Recht, „**farbige Revolutionen**“ für **Regime-Changes zu organisieren**, wie z. B. ihre Unterstützung lateinamerikanischer Militärdiktaturen, die Klientel-Oligarchien **im Dienste der US-amerikanischen Unternehmens- und Finanzinteressen** schaffen. **Der Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014 ist nur die jüngste Ausübung dieses Rechts der USA, Führer zu ernennen und abzusetzen.**

In jüngster Zeit haben US-Diplomaten Juan Guaidó anstelle des gewählten Präsidenten zum Staatsoberhaupt **Venezuelas** ernannt und ihm die Goldreserven des Landes überlassen. Präsident Biden hat darauf bestanden, dass Russland Putin absetzen und einen US-freundlicheren Führer an seiner Stelle einsetzen „muss“. Dieses „Recht“, Staatsoberhäupter auszuwählen ist eine Konstante

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

in der Politik der USA, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder in Europas politische Angelegenheiten eingemischt haben.

Das zweite radikale Merkmal der päpstlichen Diktate war die Unterdrückung jeglicher Ideologie und Politik, die von der päpstlichen Autorität abwich. Klausel 2 besagt, dass nur der Papst „universal“ genannt werden durfte. Jede abweichende Meinung war per Definition ketzerisch. Klausel 17 besagt, dass kein Kapitel oder Buch ohne päpstliche Autorität als kanonisch angesehen werden dürfe.



Verdeckte Maßnahmen der **Vereinigten Staaten für Regime Changes im Ausland seit 1950** (orange), (Wikimedia Commons)

Eine ganz ähnliche Forderung erhebt heute die US-geförderte Ideologie der finanzierten und privatisierten „freien Märkte“. Das bedeutet Deregulierung jeder staatlichen Macht, welche die Wirtschaft im Sinne anderer als **den Interessen der US-zentrierten Finanz- und Unternehmenseliten** gestalten könnte.

Die Forderung nach Universalität ist im heutigen neuen Kalten Krieg in die Sprache der „Demokratie“ gehüllt. Aber in diesem neuen Kalten Krieg bedeutet „**demokratisch**“ einfach „**pro-amerikanisch**“, vor allem im Sinne einer neoliberalen Privatisierung, der neuen US-geförderten Wirtschafts-Religion.

Eine solche Ethik wird als „Wissenschaft“ angesehen, wie es der Quasi-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften zeigt. Aber das ist ein moderner Euphemismus für den **neoliberalen Wirtschaftsmüll der Chicagoer Schule**, für **IWF-Sparprogramme und Steuerbegünstigungen** für die Reichen.

Die päpstlichen Diktate legten eine Strategie fest, um die unipolare Kontrolle über die weltlichen Reiche zu sichern. Sie behaupteten den päpstlichen Vorrang vor den weltlichen Königen, vor allem vor den deutschen Kaisern des Heiligen Römischen Reiches.

Klausel 26 gab den Päpsten die Befugnis, jeden zu exkommunizieren, der „nicht im Frieden mit der römischen Kirche“ war. Dieser Grundsatz implizierte bereits den abschließenden Paragraphen 27, wonach der Papst „Untertanen von ihrer Treuepflicht zu bösen Menschen entbinden“ konnte. Dies führte zu der mittelalterlichen Version der „farbigen Revolutionen“, um Regime-changes herbeizuführen.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Was die Länder in dieser Solidarität einte, war die Feindschaft gegenüber Gesellschaften, die nicht der zentralisierten päpstlichen Kontrolle unterlagen – die muslimischen Ungläubigen, die Jerusalem besaßen, auch die französischen Katharer, und alle anderen, die als Ketzer galten. Vor allem aber gab es eine Feindschaft gegenüber Regionen, die stark genug waren, um sich den päpstlichen Forderungen nach finanziellen Tributen zu widersetzen.

Das heutige Gegenstück zu solcher ideologischen Macht, Ketzer, die sich den Forderungen nach Gehorsam und Tribut widersetzen, zu exkommunizieren, wären die **Welthandelsorganisation**, die **Weltbank und der IWF**. Diese diktieren die wirtschaftlichen Praktiken und legen die „Bedingungen“ fest, denen alle Mitgliedsregierungen unter Androhung von US-Sanktionen folgen müssen – die moderne Version der Exkommunikation von Ländern, die die Oberhoheit der USA nicht akzeptieren.

Klausel 19 der Diktate schrieb vor, dass der Papst von niemandem verurteilt werden durfte – so wie sich die Vereinigten Staaten heute weigern, ihre Handlungen den Urteilen des Internationalen Gerichtshofs zu unterwerfen. Ebenso wird heute von US-Satelliten erwartet, dass sie dem Diktat der NATO und ihrer anderen Organe (wie dem IWF und der Weltbank) bedingungslos folgen, ohne Fragen zu stellen. Margaret Thatcher sagte über ihre neoliberale Privatisierung, die den öffentlichen Sektor Großbritanniens zerstörte: **There Is No Alternative** (TINA) [Es gibt keine Alternative; Anm. d. Red.].

Damit möchte ich die Analogie zu den heutigen Sanktionen der USA gegen all jene Länder hervorheben, die deren politischen Forderungen nicht nachkommen. Handelssanktionen sind eine Form der Exkommunikation. Sie kehren den Grundsatz des Westfälischen Friedens von 1648 um, nach dem jedes Land und seine Herrscher unabhängig von fremder Einmischung sind. Präsident Biden bezeichnet die Einmischung der USA als Gewährleistung seines neuen Gegensatzes zwischen „Demokratie“ und „Autokratie“. Wobei er mit **Demokratie** eine **Klientel-Oligarchie unter US-Kontrolle** meint, die finanziellen Reichtum schafft, indem sie den Lebensstandard der Arbeitnehmer senkt. Der Gegensatz ist eine gemischte öffentlich-private Wirtschaft, die auf die Erhöhung des Lebensstandards und soziale Solidarität abzielt.

Wie ich bereits erwähnte, schuf das Große Schisma infolge der Exkommunikation der orthodoxen Kirche in Konstantinopel und ihrer christlichen Bevölkerung die verhängnisvolle religiöse Trennlinie, die „den Westen“ seit einem Jahrtausend vom Osten trennt. Diese Spaltung war so wichtig, dass Wladimir Putin sie in seiner Rede vom 30. September 2022 erwähnte, in der er die heutige Abkehr von den westlichen Volkswirtschaften mit den USA und der NATO im Zentrum beschrieb.

Im 12. und 13. Jahrhundert protestierten die normannischen Eroberer Englands, Frankreichs und anderer Länder wiederholt, ebenso wie deutsche Könige, wurden wiederholt exkommuniziert und beugten sich schließlich doch den päpstlichen Forderungen. Es dauerte bis zum 16. Jahrhundert, bis Martin Luther, Zwingli und Heinrich VIII. schließlich eine protestantische Alternative zu Rom schufen und das westliche Christentum multipolar machten.

Warum hat es so lange gedauert? Die Antwort ist, dass die Kreuzzüge eine organisierende ideologische Anziehung besaßen. Das war die mittelalterliche Analogie zum heutigen neuen Kalten Krieg zwischen Ost und West. Die Kreuzzüge schufen einen spirituellen Brennpunkt für „moralische Reformen“, indem sie den „Hass gegen den Anderen“ mobilisierten – den muslimischen Osten, und zunehmend auch gegen Juden und europäische Christen, die sich der römischen Kontrolle entzogen. Das war die mittelalterliche Analogie zur heutigen Lehre des neoliberalen „freien Marktes“ **der amerikanischen Finanzoligarchie und ihrer Feindseligkeit gegenüber China, Russland und anderen Nationen, die dieser Ideologie nicht folgen**. Im heutigen neuen Kalten Krieg mobilisiert die **neoliberale Ideologie des Westens Angst und Hass auf „die Anderen“** und dämonisiert Nationen, die einen unabhängigen Weg verfolgen, als „autokratische Regime“. Es wird unverhohlener Rassismus gegenüber ganzen Völkern gefördert, wie die Russophobie und „Cancel Culture“ zeigen, die derzeit im Westen grassieren.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

So wie der Übergang des westlichen Christentums zur Multipolarität die protestantische Alternative des 16. Jahrhunderts brauchte, muss der Bruch des eurasischen Kernlandes mit dem bankenzentrierten NATO-Westen durch eine alternative Ideologie gefestigt werden. Diese muss zeigen, wie gemischte öffentlich-private Volkswirtschaften und ihre Finanzinfrastruktur zu organisieren sind.

Die mittelalterlichen Kirchen im Westen wurden ihrer Almosen und Stiftungen beraubt, um dem Papsttum den Peterspfennig und andere Subventionen für ihre Kriege gegen Herrscher, die sich päpstlichen Forderungen widersetzen, zukommen zu lassen. Damals war England in der Rolle des Hauptopfers, die heute Deutschland spielt. Die enorm hohen englischen Steuern, die angeblich zur Finanzierung der Kreuzzüge erhoben wurden, wurden zur Bekämpfung gegen Friedrich II., Konrad und Manfred in Sizilien abgezweigt. Diese Geldabzweigung wurde von päpstlichen Bankiers aus Norditalien (Lombarden und Cahorsins) finanziert und zu königlichen Schulden, die durch die gesamte Wirtschaft weitergereicht wurden. Die englischen Barone führten in den 1260er Jahren einen Bürgerkrieg gegen Heinrich II. und beendeten damit seine Mittäterschaft daran, die Wirtschaft den päpstlichen Forderungen geopfert zu haben.



Amerikanischer LNG Tanker (Quelle: Southfront.org)

Was die Macht des Papsttums über andere Länder beendete, war das Ende seines Krieges gegen den Osten. Als die Kreuzfahrer 1291 Akkon verloren, die Hauptstadt Jerusalems, verlor das Papsttum seine Kontrolle über die Christenheit. Es gab „kein Böses“ mehr zu bekämpfen, und das „Gute“ hatte Anziehung und Stimmigkeit verloren. 1307 beschlagnahmte der französische König Philipp IV. („der Schöne“) den Reichtum des großen militärischen Bankenordens der Kirche, den der Templer im Pariser Tempel. Auch andere Herrscher verstaatlichten die Templer, und das Geldwesen wurde der Kirche entzogen. Ohne einen gemeinsamen Feind, der von Rom definiert und beschworen wurde, verlor das Papsttum seine unipolare ideologische Macht über Westeuropa.

Das moderne Äquivalent zur Ablehnung der Templer und des päpstlichen Finanzwesens wäre, wenn sich die Länder aus Amerikas neuem Kalten Krieg zurückziehen würden. Sie würden den Dollarstandard und das US-amerikanische Banken- und Finanzsystem ablehnen. Dies geschieht, da immer mehr Länder Russland und China nicht als Gegner sehen, sondern als große Chancen für gegenseitige wirtschaftliche Vorteile.

## **Das gebrochene Versprechen des gegenseitigen Vorteils zwischen Deutschland und Russland**

Die Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 versprach ein Ende des Kalten Krieges. Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst, Deutschland wurde wiedervereinigt, und **amerikanische**



Diplomaten versprachen ein Ende der NATO, da es keine sowjetische militärische Bedrohung mehr gäbe. Die russische Führung gab sich der Hoffnung hin, dass, wie Präsident Putin es ausdrückte, eine neue gesamteuropäische Wirtschaft von Lissabon bis Wladiwostok entstehen würde. Insbesondere von Deutschland wurde erwartet, dass es die Führung bei den Investitionen in Russland und der Umstrukturierung der Industrie zu mehr Effizienz übernimmt. Russland würde für diesen Technologietransfer mit der Lieferung von Gas und Öl sowie Nickel, Aluminium, Titan und Palladium bezahlen.

Es war nicht abzusehen, dass die NATO erweitert werden würde, um einen neuen Kalten Krieg zu riskieren. Und erst recht nicht, dass sie die Ukraine, die als die korrupteste Kleptokratie in Europa gilt, unterstützen würde, damit diese von extremistischen Parteien, die sich mit deutschen Nazi-Symbolen schmücken, geführt wird.

Wie ist es zu erklären, dass das scheinbar logische Potenzial des gegenseitigen Vorteils zwischen Westeuropa und den ehemaligen sowjetischen Volkswirtschaften sich in eine Förderung oligarchischer Kleptokratien verwandelte? Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline bringt die Dynamik in Kurzform auf den Punkt. Fast ein Jahrzehnt lang haben die USA immer wieder gefordert, dass Deutschland seine Abhängigkeit von der russischen Energieversorgung aufgeben solle. Diese Forderungen wurden von Gerhard Schröder, Angela Merkel und deutschen Wirtschaftsführern abgelehnt. Sie verwiesen auf die offensichtliche wirtschaftliche Logik des gegenseitigen Handels von deutschen Produkten für russische Rohstoffe.

Das Problem der USA bestand darin, Deutschland davon abzuhalten, die Nord-Stream-2-Pipeline zu genehmigen. Victoria Nuland, Präsident Biden und andere US-Diplomaten machten deutlich, dass der Weg dorthin darin bestand, den Hass auf Russland zu schüren. Der Neue Kalte Krieg wurde als ein neuer Kreuzzug dargestellt. So hatte George W. Bush Amerikas Angriff auf den Irak zur Beschlagnahmung seiner Ölquellen beschrieben. Der von den USA unterstützte Staatsstreich von 2014 schuf in der Ukraine ein Marionettenregime, das acht Jahre lang die russischsprachigen Ostprovinzen bombardiert hat. Die NATO provozierte damit eine militärische Antwort Russlands. Die Aufwiegelung war erfolgreich, und die gewünschte russische Antwort wurde als unprovizierte Gräueltat bezeichnet. Der Schutz der Zivilbevölkerung wurde in den NATO-Medien als so anstößig dargestellt, dass die seit Februar verhängten Handels- und Investitionssanktionen gerechtfertigt erschienen. Das ist es, was ein Kreuzzug bedeutet.

Im Endeffekt spaltet sich die Welt in zwei Lager: Die US-zentrierte NATO und die entstehende eurasische Koalition. Ein Nebenprodukt dieser Dynamik ist, dass Deutschland nicht in der Lage ist, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die auf für beide Seiten vorteilhaften Handels- und Investitionsbeziehungen mit Russland (und vielleicht auch China) beruht. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz reist diese Woche nach China, um das Land aufzufordern, seinen öffentlichen Sektor abzubauen und die Subventionierung seiner Wirtschaft einzustellen, andernfalls würden Deutschland und Europa Sanktionen gegen den Handel mit China verhängen. Es gibt keine Chance, dass China dieser lächerlichen Forderung nachkommt, genauso wenig wie die Vereinigten Staaten oder irgendeine andere Industrienation die Subventionierung ihrer eigenen Computerchip- und anderer Schlüsselsektoren einstellen würden [1]. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik ist ein neoliberaler, „libertärer“ Arm der NATO, der die Deindustrialisierung Deutschlands und die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten für seinen Handel fordert, wobei China, Russland und deren Verbündete ausgeschlossen werden. Dies verspricht, der letzte Nagel in Deutschlands wirtschaftlichem Sarg zu sein.

Ein weiteres Nebenprodukt von Amerikas neuem Kalten Krieg ist das Ende aller internationalen Pläne zur Eindämmung der globalen Erwärmung. Ein Grundpfeiler der US-Wirtschaftsdiplomatie ist die Kontrolle der weltweiten Öl- und Gasversorgung durch die Ölgesellschaften und ihre NATO-Verbündeten, d. h. die Verhinderung der Autonomie der Staaten in Sachen fossiler Brennstoffe. Darum ging es bei den NATO-Kriegen im Irak, in Libyen, Syrien, Afghanistan und der Ukraine. Das

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

ist weniger abstrakt als der Kampf „Demokratien gegen Autokratien“. Es geht um die Fähigkeit der USA, anderen Ländern zu schaden, indem sie deren Zugang zu Energie und anderen Grundbedürfnissen unterbrechen.

Ohne das „Gut gegen Böse“-Narrativ des neuen Kalten Krieges verlieren die Sanktionen der USA, in diesem Angriff auf den Umweltschutz und auf den gegenseitigen Handel zwischen Westeuropa, Russland und China, ihre Daseinsberechtigung. Dies ist der Kontext für den heutigen Kampf in der Ukraine. In dem von den USA auf 20 Jahre angelegten Kampf, **um zu verhindern das die Welt multipolar wird**, wird dies nur der erste Schritt sein. Dieser Prozess wird Deutschland und Europa in die Abhängigkeit U.S.-amerikanischer LNG-Lieferungen bringen.

Der Trick besteht darin, Deutschland davon zu überzeugen, dass seine militärische Sicherheit von den USA abhängt. Wovor Deutschland wirklich Schutz braucht, **ist der Krieg der USA gegen China und Russland**. Durch ihn **wird Europa marginalisiert und „ukrainisiert“**.

Westliche Regierungen haben nicht zu einer Beendigung dieses Krieges auf dem Verhandlungswege aufgerufen, weil der Ukraine nie ein Krieg erklärt wurde. Die Vereinigten Staaten erklären nirgendwo einen Krieg, weil dies nach ihrer Verfassung einer Erklärung des Kongresses bedürfte. Also **bombardieren die US- und NATO-Armeen, organisieren Farbrevolutionen**, mischen sich in die Innenpolitik ein (wodurch die Westfälischen Verträge von 1648 obsolet werden) und **verhängen Sanktionen**, die Deutschland und seine europäischen Nachbarn auseinander reißen.

Wie können Verhandlungen einen Krieg „beenden“, für den es keine Kriegserklärung gibt, und der eine langfristige Strategie um die totale unipolare Weltherrschaft darstellt? Die Antwort: Es kann kein Ende geben, solange **keine Alternativen zu den derzeitigen US-zentrierten internationalen Institutionen** geschaffen werden. Es erfordert die Schaffung neuer Institutionen – einer Alternative zur **neoliberalen, bankenzentrierten Auffassung**, wonach die Wirtschaft privatisiert und von den Finanzzentren zentral geplant werden sollte. Rosa Luxemburg bezeichnete es als die Wahl zwischen Sozialismus und Barbarei. Die politische Dynamik einer solchen Alternative skizziere ich in meinem aktuellen Buch „The Destiny of Civilization“.

## Quellen:

[1] Guntram Wolff, “Sholz should send an explicit message on his visit to Beijing,” Financial Times, October 31, 2022. Wolff is the director and CE of the German Council on Foreign Relations

Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



**WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT** von Klaus Schreiner, Innsbruck